

Katholikenrat wendet sich an Wegbergs Bürgermeister Stadtrat lehnt Divestment ab

9. Januar 2019 um 05:10 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Ein Schaufelradbagger arbeitet sich im Tagebau Garzweiler II durch das Erdreich. Die Stadt Wegberg betont, die Abkehr von fossilen Energieerzeugungsträgern bereits gut angegangen zu haben.

Foto: dpa/Federico Gambarini

Wegberg. Der Katholikenrat der Region Heinsberg ruft die Städte und Gemeinden zum Divestment auf. Der Rat der Stadt Wegberg folgt dem Aufruf nicht. Die Mühlenstadt sei bei der Abkehr von fossilen Energieerzeugungsträgern bereits auf sehr gutem Weg.

Von Michael Heckers

Divestment – der Begriff klingt für Laien in Finanzthemen verwirrend. Er meint aber nichts anderes als das Gegenteil von Investment. Der Katholikenrat hat die Bürgermeister der zehn Städte und Gemeinden des Kreises Heinsberg dazu aufgerufen, vorhandene Investments in Unternehmen, die ihre Umsätze aus der Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Gas oder Erdöl erzielen, umzuleiten in ethisch-nachhaltige Investments. Auf Vorschlag der Verwaltung hat sich der Stadtrat mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern mehrheitlich dafür ausgesprochen, dem Antrag des Katholikenrats der Region Heinsberg, in dem zum Divestment aufgerufen wird, nicht zu folgen.

Mit dem Votum stützt der Rat der Stadt Wegberg die Ansicht der Stadtverwaltung, wonach sich die Mühlenstadt bezüglich der Abkehr von fossilen Energieerzeugungsträgern und der Hinwendung zu regenerativen Energien schon seit mehreren Jahren auf einem sehr guten Weg befinde, der auch weiterhin verfolgt werden soll. Darum seien zusätzliche Strategien, wie vom Katholikenrat nun gefordert, nicht notwendig.

■ INFO

Dazu fordert der Katholikenrat auf

Aufruf Der Aufruf des Katholikenrats an die Kirchenvorstände und die Städte und Gemeinden sieht unter anderem vor, sich der „Fossil Free Bewegung“ von „350.org“ anzuschließen und

- zu überprüfen, ob Investitionen in fossile Bereiche getätigt werden
- eventuell bestehende finanzielle Verbindungen in diese Bereiche schnellstmöglich zu beenden
- für die Zukunft jegliche Investitionen und Geldanlagen in Öl-, Gas- und Kohleunternehmen auszuschließen.

Der Katholikenrat hatte den Aufruf an die Bürgermeister des Kreises Heinsberg und die Kirchenvorstände in der Region bereits während der Vollversammlung im Sommer verabschiedet. „Ich bitte Sie, die enthaltenen Anregungen und Anträge umzusetzen und vorhandene Investments in Unternehmen, die ihre Umsätze aus der Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Gas oder Erdöl generieren“ umzuleiten in ethisch-nachhaltige Investments“, hatte Lutz Braunöhler, Vorsitzender des Katholikenrats der Region Heinsberg, an die Bürgermeister geschrieben. Zu den Investments zählt der Katholikenrat auch Finanzanlagen bei Banken und Sparkassen, die selbst in solche Unternehmen investieren und daraus Erträge erwirtschaften. Geldanlagen bei derartigen Instituten seien ebenso zu behandeln und in ethisch-nachhaltige Anlagen bei anderen Instituten umzuleiten. „Letztlich gehört in diesem Zusammenhang auch die Wahl eines Stromanbieters, der elektrische Energie allein aus umweltfreundlichen und nachhaltigen Quellen zur Verfügung stellt“, erklärt Lutz Braunöhler.

Ihre ablehnende Haltung zum Aufruf des Katholikenrats begründet die Wegberger Stadtverwaltung unter anderem mit dem Hinweis, dass die gesamte von der Stadt Wegberg für ihre Gebäude und Anlagen benötigte Stromenergie seit 2013 zu 100 Prozent als Ökostrom aus regenerativen Energieträgern bezogen werde. Auf Beschluss des Rates seien seit 2016 zusätzlich zu bereits bestehenden Anlagen insgesamt weitere neun Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude errichtet worden. Weitere sieben Photovoltaikanlagen seien für das Jahr 2020 geplant. Außerdem liege bereits seit vielen Jahren ein Schwerpunkt im Bereich des Gebäudemanagements bei Maßnahmen, die der energetischen Sanierung des Gebäudebestands dienen, den CO₂-Ausstoß verringern und damit den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung unterstützen. „Die Stadt Wegberg ist sich auf kommunaler Ebene ihrer Verantwortung zur Erreichung der bundespolitischen Ziele des Klimaschutzes bewusst“, heißt es in der Beschlussvorlage. Zu diesem Thema hat der Rat ein integriertes Klimaschutzkonzept mit umfangreichen Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz beschlossen.

Gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmten Linke, Grüne und die Wählergemeinschaft „Aktiv für Wegberg“ (AfW). CDU, SPD, FDP und Freie Wähler stimmten mit Mehrheit dafür und sorgten so dafür, dass der Rat der Stadt Wegberg den Antrag des Katholikenrats der Region Heinsberg in der vorliegenden Form nicht verfolgt.

Blumenbaum Donnerstag, 10. Januar 2019, 11:11 Uhr

Dass es die Stadt Wegberg nicht so mit der Umwelt hat, kann man ja auch täglich daran sehen, dass die städtischen Büttel sich überall mit ihrem schweren und teuren Equipment daran machen, das sowieso inzwischen schon rare Grün nun gänzlich zu beseitigen bzw. auf knöchelhöhe zu stutzen, ohne dabei zu bedenken, dass ein paar pflegeleichte Blumenbeete nicht die feinstaubfilternde und klimabegünstigende Wirkung eines Baumes oder einer Gebüschreihe haben. Gerade in Wegberg mit seinem im ganzen Stadtgebiet olfaktorisch deutlich wahrnehmbaren Standortnachteil sollte das Bewusstsein für saubere und gesunde Luft und gutes Klima besonders wichtig sein, aber leider weit gefehlt: Nach wie vor wird die Stadtpolitik den gewählten Volksvertretern von den Unternehmen und Konzernen à la NEW diktiert.

online01 Freitag, 11. Januar 2019, 09:16 Uhr

was hätte man denn FALSCH gemacht wenn man diesem Aufruf entsprochen hätte.

In Erkelenz wird das halbe Stadtgebiet der Braunkohle geopfert, und ein paar Äcker weiter nimmt es wohl gar nicht war.

Aber Hauptsache am Jahresende gemeinsam feiern..

Nicht vorbildlich.....